

Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr
Sitzungs-Nr.: 17 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 16.09.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 09.02 Uhr **Ende:** 11.15 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- Öffentlicher Teil -

Seite:

- | | | |
|------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 | Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit | 5 |
| 2 | Genehmigung der Niederschriften über die fünfzehnte und sechzehnte Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 24.06.2004 sowie 07.07.2004 | 5 |
| 3 | Pflichtenbelehrung der im Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr hinzugewählten beratenden Mitglieder nach § 23 NLO
Sitzungsvorlage Nr. 261/2004 | 5 |
| 4 | Kreisstraße 50, Rechtebe - B 437
hier: Sanierung der Indieckbrückenanrampung durch neuartige Verfahren
Sachstandsbericht
Sitzungsvorlage Nr. 262/2004 | 5 |
| 5 | Bundesstraße 73, Ortsumgehung Otterndorf
Umstufung von Straßen
Sitzungsvorlage Nr. 263/2004 | 6 |
| 6 | Rad- und Wanderweg entlang der Wurster Küste
Verzicht auf bauliche die Umsetzung
Sitzungsvorlage Nr. 264/2004 | 7 |
| 7 | Kreisstraße 45, Wittstedt - Heerstedt
hier: Radwegneubau von Hollen nach Wittstedt
Sachstandsbericht
Sitzungsvorlage Nr. 265/2004 | 7 |
| 8 | Jahresabschluss 2003 für den Regiebetrieb Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 266/2004 | 7 |
| 9 | Bericht über unvorhergesehene Maßnahmen an Schulen
Sitzungsvorlage Nr. 258/2004 | 8 |
| 10 | Bericht über den Gebäudebestand des Landkreises und die Wiederbeschaffungswerte der kreiseigenen Liegenschaften
Sitzungsvorlage Nr. 259/2004 | 8 |
| 11 | Bericht über die Entwicklung des Mittelbedarfs in der Bauunterhaltung für die Jahre 1999 – 2005 | 9 |
| 12 | Mitteilungen und Anfragen | 10 |
| 12.1 | Sanierung der Schwebefähre Osten – Sachstandsbericht - | 10 |
| 12.2 | Zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr | 10 |

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe, Vorsitzender
Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
Kreistagsabgeordneter Misch, Schiffdorf
Kreistagsabgeordneter Nordbruch, Loxstedt
Kreistagsabgeordneter Peters, Wanna
für den verhinderten Abg. Wrede, Loxstedt
Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Seier, Dorum
Kreistagsabgeordneter Wiesen, Armstorf

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Tecker, Schiffdorf
Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterndorf

Beratendes Mitglied gem. § 47 Abs. 3 Satz 2:

Kreistagsabgeordneter May, Loxstedt

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Herr Andreas Lauer, Süderende 31, 21782 Bülkau
Herr Christian Heitmann, Bismarckstr. 9, 27619 Schiffdorf

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Jochimsen
Kreisrat Gesterling
Baudirektor Wortmeyer
Kreisverwaltungsoberrätin Heitzig
Kreisamtsrat Schulz
Bauamtsrat Schrader
Kreisamtsfrau Greiner (zeitweise)
Dipl.-Kaufmann Kamps
Dipl.-Ingenieur Leitner, zugleich als Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen
Kreistagsabgeordneter Wrede, Loxstedt
Herr Carsten Hubert, Gartenstr. 5, 21756 Osten

- Öffentlicher Teil -

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 09.02 Uhr die ordnungsmäßig einberufene siebzehnte Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschriften über die fünfzehnte und sechzehnte Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 24.06.2004 sowie 07.07.2004

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegenden Niederschriften.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr beschloss einstimmig:

Die Niederschriften über die fünfzehnte und sechzehnte Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 24.06.2004 sowie 07.07.2004 werden genehmigt.

**Punkt 3: Pflichtenbelehrung der im Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr hinzugewählten beratenden Mitglieder nach § 23 NLO
Sitzungsvorlage Nr. 261/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass nach § 47 Abs. 6 Satz 4 NLO i. V. m. § 35 Abs. 3 und 23 NLO die Ausschussmitglieder die nicht dem Kreistag angehören, auf die ihnen nach §§ 20 bis 22 NLO obliegenden Pflichten hinzuweisen seien.

Der anstelle des hinzuberufenen beratenden Mitglieds Frank Steenblock, Uthlede, nunmehr zum Ausschuss gehörende Christian Heitmann, Schiffdorf, wurde von ihm im Ausschuss begrüßt und auf die ihm nach den §§ 20 bis 22 NLO obliegenden Pflichten aufmerksam gemacht. Herr Christian Heitmann bestätigte diese Pflichtenbelehrung durch seine Unterschrift.

**Punkt 4: Kreisstraße 50, Rechtebe – B 437
hier: Sanierung der Indiekbrückenanrampung durch neuartige Verfahren
Sachstandsbericht
Sitzungsvorlage Nr. 262/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 4 der Tagesordnung.

BD Wortmeyer erläuterte kurz die auftretenden Probleme im Bereich der Brückenrampen der Indiekbrücke. Er führte aus, dass die Brücke selbst im Gegensatz zur Fahrbahn bis in die tragenden Bodenschichten gegründet sei. Dies führe dazu, dass an der Fahrbahn Setzungen auftreten würden, an der Brücke jedoch nicht. Diese Setzungen würden derzeit durch das Aufbringen von Asphaltmaterial behoben. Dies bewirke jedoch, dass sich das Gewicht der Straße im Bereich der Brückenrampen erhöhe, was wiederum weitere Setzungen hervorrufen und beschleunigen würde.

Anschließend stellte Herr Dr. Beyer vom Ingenieurbüro für Verkehrswegebau dem Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr anhand einer Power-Point-Präsentation und mitgebrachten Materialproben das Vorhaben an der Indiekbrücke vor. Er betonte, dass im Gegensatz zur Sanierung der Anrampungen der Lunebrücke im Zuge der K 50, wo es noch erforderlich gewesen sei, den Unterbau der Brückenrampen komplett auszubauen, mit Blähton zur Gewichtsreduzierung zu verfüllen sei und die Straße neu aufzubauen, das hier gewählte Verfahren in der Ausführung wesentlich einfacher sei. Insbesondere sei es nicht erforderlich, die Straße wie bei der Sanierung der Lunebrücke für einen längeren Zeitraum für den Verkehr zu sperren. In dem an der Indiekbrücke zur Anwendung kommenden Verfahren sei geplant, die Brückenrampen durch

die Injektion von Zweikomponenten-Expansionsharz unter den Straßenkörper um ca. 35 cm anzuheben, die durch die Anhebung überstehenden Asphaltsschichten abzufräsen und eine neue Fahrbahndecke aufzubauen.

Der Zweikomponenten-Expansionsharz werde über dünne Kupferrohre unter den Straßenkörper geleitet. Dort werde er sich innerhalb von ca. 15 Sekunden ausdehnen und das umgebende Erdreich komprimieren, wobei die Stärke der Komprimierung von der Festigkeit des Erdreiches abhängt. Über die Dosierung der eingebrachten Harzmengen könne die Anhebung der Fahrbahn gesteuert werden. Durch die Verfestigung des Untergrundes und die Reduzierung des Gewichtes werde das Auftreten weiterer Absackungen bis auf minimale Bewegungen verhindert.

Das Verfahren sei bereits erfolgreich eingesetzt worden, um abgesackte Gebäude wieder aufzurichten. Die Anwendung im Straßenbaubereich sei relativ neu.

Auf die Frage des Abg. Götjen nach einer Garantie für die Wirksamkeit des Verfahrens und der Kostenrelation im Vergleich zu der seinerzeit an der Lunebrücke angewandten Sanierungsmethode erwiderte BD Wortmeyer, dass mit dem beauftragten Unternehmen ein üblicher VOB-Vertrag mit den entsprechenden Gewährleistungsregelungen geschlossen werde. BAR Schrader ergänzte, dass sich die Kosten für die Lunebrücke auf ca. 400.000 DM belaufen hätten im Vergleich zu 85.000 € für das anstehende Projekt.

Herr Dr. Beyer wies ergänzend auf die kurze Dauer der notwendigen Arbeiten von wenigen Tagen und der damit verbundenen geringeren Verkehrsbehinderungen hin. Die Sanierung der Lunebrücke habe mehrere Wochen gedauert und sei mit erforderlichen Vollsperrungen verbunden gewesen.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich der Vorsitzende, die Abg. Berghorn, Götjen, Schütt, Seier und Wiesen sowie EKR Jochimsen, BD Wortmeyer und Herr Dr. Beyer.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr beschloss einstimmig:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5: Bundesstraße 73, Ortsumgehung Otterndorf
Umstufung von Straßen
Sitzungsvorlage Nr. 263/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 5 der Tagesordnung.

EKR Jochimsen wies darauf hin, dass es sich bei den vorgeschlagenen Umstufungsmaßnahmen um einen Kompromiss handle, der in verschiedenen Verhandlungen mit der Samtgemeinde Hadeln erzielt worden sei.

Der Abg. Gerken erkundigte sich, inwieweit der Teil der Kreisstraße 4 (Große Ortstraße), der zur Gemeindestraße abgestuft werden solle, vor der Abstufung in einen ordnungsgemäßen Zustand gebracht würde.

KAR Schulz erwiderte hierauf, dass die Umstufungen erst mit der Verkehrsfreigabe der Ortsumgehung wirksam würden. Zu diesem Zeitpunkt würde der Zustand der umzustufenden Straßen aufgenommen und diese – sofern nötig – saniert.

EKR Jochimsen ergänzte, dass anstelle einer Sanierung auch die Auszahlung der errechneten Sanierungskosten an den neuen Straßenbaulastträger möglich sei.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr beschloss einstimmig:

Der zukünftigen Straßennetzgestaltung im Zusammenhang mit dem Neubau der Ortsumgehung Otterndorf im Zuge der Bundesstraße 73 wird zugestimmt.

**Punkt 6: Rad- und Wanderweg entlang der Wurster Küste
Verzicht auf die bauliche Umsetzung
Sitzungsvorlage Nr. 264/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 6 der Tagesordnung.

EKR Jochimsen erläuterte, dass die Bezirksregierung den Haushalt 2004 nur unter Zurückstellung erheblicher Bedenken genehmigt habe. Insbesondere auf die Möglichkeit eines zeitlichen Aufschubes von freiwilligen Leistungen sei hingewiesen worden. Zwar habe die Bezirksregierung nur einen Aufschub von Projekten angeregt, jedoch könne der Rad- und Wanderweg nur mit EU-Fördermitteln gebaut werden. Das Förderprogramm, aus dem dieses Vorhaben bezuschusst würde, werde jedoch im Jahr 2006 auslaufen, so dass ein Aufschub einem Verzicht gleichkomme. Mit der Samtgemeinde Land Wursten und der Stadt Langen sei der Verzicht abgestimmt.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich der Vorsitzende, die Abg. Berghorn, Saul sowie EKR Jochimsen.

Der Abg. Seier regte an, den Bauverzicht nur vorläufig zu erklären, um so zu einem möglichen späteren Zeitpunkt das Projekt wieder aufgreifen zu können.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr beschloss einstimmig:

Auf die bauliche Umsetzung des Rad- und Wanderweges entlang der Wurster Küste wird vorläufig verzichtet.

**Punkt 7: Kreisstraße 45, Wittstedt - Heerstedt
hier: Radwegneubau von Hollen nach Wittstedt
Sachstandsbericht
Sitzungsvorlage Nr. 265/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 7 der Tagesordnung.

KAR Schulz ging sodann kurz auf die zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung dieses Bauabschnittes ein. Er machte deutlich, dass sie darauf zurückzuführen seien, dass ein Grundeigentümer nicht bereit gewesen sei, die erforderlichen Flächen aus seinem Besitz für den Bau zur Verfügung zu stellen. Dies habe umfangreiche Planungsänderungen zur Folge gehabt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärte KAR Schulz, dass die voraussichtliche Bauzeit ca. 3 Monate betragen werde, so dass bei entsprechender Witterung die Maßnahme noch in diesem Jahr weitestgehend abgeschlossen werden könne.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr beschloss einstimmig:

Der Sachstandsbericht zum Radwegneubau von Hollen nach Wittstedt wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 8: Jahresabschluss 2003 für den Regiebetrieb Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 266/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Anschließend erläuterte Dipl.-Kfm. Kamps die wichtigsten Ergebnisse und Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Er führte aus, dass der Jahresabschluss einen Überschuss in Höhe von 757.191,35 € ausweise, der im Wirtschaftsplan 2005 vorgetragen und damit die Zuweisungen aus dem kameralen Haushalt entsprechend verringern werde. Der Überschuss resultiere sowohl aus höheren Erträgen als auch aus geringeren Aufwendungen als im Wirtschaftsplan veranschlagt. Die Haushaltsansätze aus dem

Wirtschaftsplan 2003 seien größtenteils eingehalten bzw. unterschritten worden, lediglich im Bereich der Personalaufwendungen seien überplanmäßige Ausgaben zu leisten gewesen.

An der anschließenden Diskussion über Art und Umfang von Bauunterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Radwegen beteiligten sich der Vorsitzende, die Abg. Berghorn, Götjen, Saul, Seier sowie EKR Jochimsen, BD Wortmeyer und KAR Schulz. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Bauunterhaltung der Straßen und Radwege in Quantität und Qualität beibehalten werden müsse.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr beschloss einstimmig:

Der Jahresabschluss 2003 für den Regiebetrieb Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 9: Bericht über unvorhergesehene Maßnahmen an Schulen
Sitzungsvorlage Nr. 259/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhaltes auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 9 der Tagesordnung und wies ergänzend darauf hin, dass ihn die ausgewiesene Summe von ca. 4.000,00 € überrascht habe. In der Vergangenheit seien die Beträge für unvorhergesehene Maßnahmen an Schulen wesentlich höher gewesen.

KVOR'in Heitzig machte deutlich, dass es in der Vergangenheit wiederholt Probleme in der Vernetzung der Bedarfsanmeldungen gegeben habe, die mittlerweile abgestellt seien. Ziel sei es möglichst gar keine unvorhergesehenen Maßnahmen im Laufe des jeweiligen Haushaltsjahres umsetzen zu müssen.

Der Vorsitzende nahm noch einmal auf seine Äußerungen anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 07.07.2004 zum baulichen Zustand des Schulzentrums Langen Bezug und teilte mit, dass die Verwaltung den zur Verfügung stehenden Zeitrahmen der Sommerferien 2004 gut genutzt habe um die bauliche Situation zu verbessern. Er habe sich die sanierten und auch neu erstellten Bereiche angesehen und sei mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Diese Einschätzung würden im übrigen alle Beteiligten teilen.

Die Anfrage der Abg. Frau Tecker zum Stand der Sanierungsmaßnahmen der naturwissenschaftlichen Bereiche des Gymnasiums Wesermünde in Bremerhaven konnte im Rahmen der Sitzung von der Verwaltung nicht beantwortet werden. Es wurde sich darauf verständigt, später einen entsprechenden Bericht zu geben.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

**Punkt 10: Bericht über den Gebäudebestand des Landkreises und die Wiederbeschaffungswerte der kreiseigenen Liegenschaften
Sitzungsvorlage Nr. 259/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhaltes auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 10 der Tagesordnung.

Abg. Götjen machte sodann auf einige Ungereimtheiten in der Liste mit Stand vom 01.08.2004 aufmerksam. Er wies darauf hin, dass nach seiner Kenntnis der ehemals für den Orientierungsstufenbereich erstellte Bau ebenso fertiggestellt sei, wie die Sporthalle in Lamstedt. Bei beiden Objekten würde jedoch dieser Umstand zumindest in der Objektbeschreibung außer Acht gelassen. Er bat um Information, ob dann zumindest der jeweilige Wiederbeschaffungswert dieser Neubaumaßnahmen entsprechend erhöht worden sei.

Abg. Götjen wurde in seinen Aussagen von Abg. Wiesen unterstützt. Dieser machte deutlich, dass die Herstellung der Sporthalle damals über 4 Mio. DM gekostet habe. Der ausgewiesene Wiederbeschaffungswert sei relativ niedrig. Ob die Neubaukosten der Sporthalle enthalten seien, könne jedoch von ihm nicht beurteilt werden.

KVOR'in Heitzig brachte ihr Bedauern wegen der in der Liste enthaltenen Fehler zum Ausdruck und wies ergänzend darauf hin, dass die Wiederbeschaffungswerte auf Versicherungswerten beruhen würden. Sobald die Versicherung eine Liegenschaft beurteilt und entsprechende Festlegungen getroffen hätte, würde das Ergebnis in die Liste einfließen. Da die Versicherung bezogen auf den Einzelfall nicht immer zeitnah arbeiten

würde, könne es vorkommen, dass die ausgewiesenen Wiederbeschaffungswerte in Einzelfällen zu überarbeiten seien.

KR Gesting wies ergänzend darauf hin, dass Veränderungen im Gebäudebestand des Landkreises grundsätzlich in der Bilanz des Internen Servicebetriebes genau dargestellt würden. Die vorliegende Liste des Gebäudebestandes des Landkreises auf der Basis der Versicherungswerte der Assekuranzen sei ausschließlich notwendig um die Höhe der Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 0,65 % der Wiederbeschaffungswerte ermitteln zu können. Ansonsten habe der Bericht an Bedeutung verloren und könne zukünftig entfallen.

Abg. Berghorn machte darauf aufmerksam, dass aus seiner Sicht die Vermögenswerte in einer Bilanz gewissen Abschreibungen unterworfen seien. Die Ermittlung der Bauunterhaltungsmittel von diesen Werten müsse dann entweder den Umstand der Abschreibungshöhe berücksichtigen oder aber es müsse weiterhin auf den Wiederbeschaffungswert nach den Versicherungsrichtwerten zurück gegriffen werden.

Dem Vorschlag von KR Gesting, die Bauunterhaltungsmittel wie bisher nach den aufsummierten Versicherungswerten zu ermitteln, zukünftig auf die Ausweisung des Gebäudebestandes in Form eines Berichtes an den Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr zu verzichten und dafür im Wirtschaftsplan eine Darstellung der Vermögenswerte aufzunehmen wurde nach Diskussion stattgegeben.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

Punkt 11: Bericht über die Entwicklung des Mittelbedarfs in der Bauunterhaltung für die Jahre 1999 bis 2005

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 11 der Tagesordnung.

Sodann stellte KR Gesting das Ergebnis einer Analyse der in den Jahren 1999 bis 2003 verbauten Bauunterhaltungsmittel vor. Er führte dazu einleitend aus, dass die Höhe der jährlich zur Verfügung gestellten Bauunterhaltungsmittel in Höhe von 0,65 % des Wiederbeschaffungswertes auf eine Richtwertfestlegung anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 18.02.1999 zurückgehe. Bereits damals sei zum Ausdruck gebracht worden, dass der Richtwert nur herangezogen werden könne, wenn ein ausreichend großer Gebäudebestand zu unterhalten sei, sodass aufwandsmehrende und aufwandsmindernde Faktoren einzelner Gebäude ausgeglichen würden. Dies sei beim Landkreis Cuxhaven der Fall. Der 1999 festgelegte Richtwert des Landkreises Cuxhaven mit 0,65 % liege im übrigen unter den von der KGST für die Bauunterhaltungsmaßnahmen als notwendig erachteten Richtwert von 0,8 %. Dadurch ergebe sich eine Einsparung im Verhältnis zum KGST-Richtwert von ca. 700.000,00 € jährlich.

Die letzten fünf Jahre hätten gezeigt, dass Bauunterhaltungsmittel in Höhe von ca. 0,65 % der Wiederherstellungskosten ausreichen würden, um die Gebäude des Landkreises Cuxhaven in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten.

Anschließend ging KR Gesting in seinem Analysebericht auf das Verhältnis der Rechnungsergebnisse gegenüber den Haushaltsansätzen der Haushaltsjahre 1999 sowie 2003 ein. Er machte unter Berücksichtigung des jeweiligen Alters des Gebäudes deutlich, dass es Liegenschaften gäbe, deren Bauunterhaltungskosten unterhalb des Richtwertes von 0,65 % des Wiederbeschaffungswertes angesiedelt seien, es aber auch Liegenschaften gäbe, für die ein wesentlich höherer Betrag aufgewendet werden müsste um die Bauunterhaltung durchführen zu können.

Der notwendige Mehraufwand im Rahmen der Bauunterhaltungsmaßnahmen wurde von ihm anhand von drei Beispielen erläutert. So wies er darauf hin, dass der Ansatz nach dem Richtwert für die Seeparkschule Wesermünde bei 57.400,00 € pro Jahr liegen würde. Im Jahre 1999 sei jedoch ein Gesamtaufwand in Höhe von 730.000,00 € notwendig gewesen. Zurückzuführen sei dies auf einen Unterhaltungstau des erst im Jahre 1998 vom Land übernommenen Gebäudes. Das Land habe sich bei der Durchführung von Bauunterhaltungsmaßnahmen in den Vorjahren sehr zurückgehalten.

Dass die jährlich benötigte Summe für die Bauunterhaltungsmaßnahmen jedoch zurückgefahren werden konnten nachdem die dringend notwendigen Maßnahmen abgearbeitet worden seien, würden die Daten aus dem Jahre 2000 bis 2003 zeigen. Im Jahre 2000 habe der Gesamtaufwand bei 190.000,00 €, im Jahre 2001 bei 247.000,00 €, im Jahre 2002 bei 112.000,00 € und im Jahre 2003 bei 103.000,00 € gelegen. Ein Ansatz nach Richtwert sei in den nächsten Jahren zu erwarten.

Sodann ging er auf die notwendigen Bauunterhaltungsmaßnahmen an der Sonderschule Dorum ein. Er wies darauf hin, dass auch in diesem Bereich ein Unterhaltungsstau zu einem erhöhten Aufwand der Jahre 2001 bis 2003 geführt hat. Zurückzuführen sei dies auf den Umstand, dass ursprünglich beabsichtigt gewesen sei, die Sonderschule zu veräußern.

Als Extrembeispiel für die Notwendigkeit sehr hohe Summen im Bereich Bauunterhaltung investieren zu müssen, sei das Schulzentrum Otterndorf. Der Ansatz nach dem Richtwert würde bei 129.300,00 € liegen. In den Jahren 2000 bis einschließlich 2003 seien jedoch Summen von 490.000,00 €, 715.000,00 €, 303.000,00 € sowie 355.000,00 € pro Jahr verbaut worden. Mithin Beträge, die zwischen 195 und 275 % über dem Ansatz nach dem Richtwert liegen würden. Zurückzuführen sei dies sowohl auf das Alter der Gebäude, die zum Teil sehr einfache Bauweise mit der daraus resultierenden Notwendigkeit erhöhter Bauunterhaltung und auch der Gebäudekonzeption mit vielen ineinander verschachtelten Gebäudeteilen. Ein Zurückfahren der notwendigen Bauunterhaltungsmittel sei nicht zu erwarten. Es stelle sich hier also die Frage, ob das Objekt Schulzentrum Otterndorf aufgrund der immens hohen Bauunterhaltungsmittel auf Dauer zu halten sei.

KR Gesting führte weiter aus, dass eine weitere Analyse der benötigten Bauunterhaltungsmittel bezogen auf das jeweilige Objekt im Jahre 2005 durchgeführt werden solle, um dann entscheiden zu können, ob die Bauunterhaltungsmittel pro Jahr dauerhaft um 100.000,00 € gekürzt werden könnten.

Abg. Gerken bestätigte die Aussage nach der Notwendigkeit des Einsatzes erheblicher Bauunterhaltungsmittel am Schulzentrum Otterndorf. Er führte dies auf unsachgemäße Planung und Ausführung der von verschiedenen Architekten geplanten Gebäudeteile zurück. Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass die zerklüftete Gebäudekonzeption sehr viel Energie verschwende. Diesem Aspekt müsse bei der Überlegung ob das Gebäude abgerissen und an anderer Stelle ggf. ein neues Schulzentrum gebaut werden solle, Rechnung getragen werden.

Abg. Götjen vermisste in der Analyse den Hinweis ob und wenn ja welche Gebäude des Landkreises aufgrund des zu hohen Unterhaltungsaufwandes ggf. veräußert werden müssten. Er wies außerdem darauf hin, dass nach seiner Kenntnis an diversen Liegenschaften des Landkreises Verbesserungsmaßnahmen wie z. B. energieeinsparende Maßnahmen oder aber auch die Sanierung von ehemals Flachdächern in geeigneten Dächern vorgenommen worden seien und verband diesen Hinweis mit der Einschätzung, dass sich dadurch der Bauunterhaltungsaufwand an der jeweiligen Liegenschaft vermindern müsste. Er bat entsprechende Aussagen in der Fortschreibung der Analyse mit aufzunehmen.

KR Gesting wies ergänzend darauf hin, dass bei einer Untersuchung, ob ein Gebäude veräußert werden solle oder nicht, die Kosten für die Bauunterhaltungsmaßnahmen nur ein Aspekt sein könnten. Die Bewirtschaftungskosten – zu denen auch die Energiekosten gehören würden – müssten auf jeden Fall mit herangezogen werden.

Anschließend wurde die von KR Gesting vorgetragene Analyse in schriftlicher Form den Mitgliedern des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr ausgehändigt.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

Punkt 12: Mitteilungen und Anfragen

12.1: Sanierung der Schwebefähre Osten – Sachstandsbericht –

KA Frau Greiner gab einen Sachstandsbericht zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen an der Schwebefähre Osten. Sie knüpfte dabei an ihre Aussagen anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr am 24.06.2004 an.

Sie führte aus, dass die Aufträge für die Bereiche Betonbau, Antrieb, Stahlbau, Elektro und Korrosionsschutz Anfang August 2004 vergeben worden und die Fähre daraufhin von der Basbecker Seite aus eingerüstet und ein Treppenturm installiert worden sei. Der Treppenturm diene der Erreichbarkeit des späteren Gondelbereiches. Beide Schienenträgerebenen seien ebenfalls eingerüstet und mit einer Folie ummantelt worden, sodass dort gearbeitet werden könne, ohne das Rost herunterfallen könne.

Die Konstruktion sei dann im Detail aufgenommen und mit den Handwerkern abgestimmt worden, was erneuert werden müsse. Darüber hinaus seien die alten Motoren demontiert worden, damit sie im Fährmuseum ausgestellt werden könnten. Desgleichen ebenfalls alte, nicht mehr brauchbare Technik, wie z. B. alte Stromabnehmer u. ä. Dinge. Ein neuer Motor sei bestellt.

Die Laufraduntersuchung habe gezeigt, dass die vorhandenen Räder wiederverwendbar seien. Die Räder würden ausgebaut und so wiederhergestellt, dass die Funktion noch eine lange Zeit gesichert sei. Nach

Austausch der Räder sowie Einbau des neuen Motors sei die Gondel wieder fahrbereit hergestellt. Dies sei im übrigen Ziel der Maßnahmen für dieses Jahr gewesen.
Mit dem Abschluss der Arbeiten sei nicht vor Ende Oktober/Anfang November 2004 zu rechnen.

Die Frage des Vorsitzenden, ob die Maßnahme mit dem anvisierten Kostenrahmen durchgeführt werden könne, konnte von KA Frau Greiner aufgrund des Umstandes, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar sei, in welchem Umfang Sanierungsmaßnahmen an der Stahlkonstruktion durchgeführt werden müssten, nicht endgültig beantwortet werden. Sie wies jedoch darauf hin, dass im Bereich der Planungskosten mit Mehrkosten zu rechnen sei.

Die Anfrage des Abg. Saul, ob die bei der Sanierungsmaßnahme der Schwebefähre Osten anfallenden Mehrkosten überwiegend zu Lasten der Kreiskasse des Landkreises Cuxhaven gehen würden, wurde vom EKR Jochimsen bejaht.

Abg. Gerken stellte den Aufwand der getrieben werde um die Fahrbereitschaft der Schwebefähre wieder herzustellen in Frage. Er wies darauf hin, dass die Gondel nach seiner Einschätzung selten bewegt werde und deshalb die Fahrbereitschaft nicht unbedingt wieder hergestellt werden müsse.

Die Einschätzung des Abg. Gerken wurde vom EKR Jochimsen nicht geteilt. EKR Jochimsen wies darauf hin, dass eine Entscheidung zur Wiederherstellung der Fahrbereitschaft der Schwebefähre einvernehmlich getroffen worden sei. Von dieser Entscheidung könne nicht abgewichen werden. Im übrigen sei die Einschätzung, dass die Schwebefähre selten bewegt werde, unzutreffend. Nach seiner Kenntnis seien vor Stilllegung der Gondel rd. 10.000 Personen jährlich befördert worden.

Abg. Wiesen machte den Vorschlag, den vorgesehenen Farbanstrich des Tragwerkes ggf. zu „strecken“ um auf diese Weise entsprechende Haushaltsmittel einsparen zu können. Sobald der Gesamtkostenrahmen besser übersehen werden könne, sei zu entscheiden, ob und in welchem Umfang weitere Anstrichmaßnahmen durchgeführt werden sollten.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

12.2: Zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr

KVOR'in Heitzig machte darauf aufmerksam, dass es für die Vergabe der Bauleistungen des Gymnasiums Langen notwendig sei eine weitere Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr stattfinden zu lassen. Sie schlug dafür den 28.10.2004 vor.

Nach Diskussion wurde dem Vorschlag stattgegeben. Die zusätzliche Sitzung soll am 28.10.2004 um 15.00 Uhr in Hemmoor stattfinden. Vor Durchführung der Sitzung ist ab 14.00 Uhr eine Besichtigung der Schwebefähre Osten und die hier durchgeführten Arbeiten im Rahmen der Sanierung dieser Anlage vorgesehen.

Der Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr nahm Kenntnis.

Punkt 13: Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende stellte fest, dass Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde nicht gestellt wurden.

Der Vorsitzende schloss um 11.05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Hochbau, Straßen und Verkehr. Anschließend wurde die Sitzung mit einem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Gestering
Kreisrat

Leitner
Dipl.-Ing.
als Protokollführer